



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2021

Covid-Zertifikat erntet in vielen Branchen Skepsis

Schoop, Florian ; Büchler, Andrea

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-204560>

Newspaper Article

Originally published at:

Schoop, Florian; Büchler, Andrea. Covid-Zertifikat erntet in vielen Branchen Skepsis. In: NZZ, 16 June 2021, 11.

Covid-Zertifikat erntet in vielen Branchen Skepsis

Droht wegen des Impfnachweises eine Zweiklassengesellschaft? Eine Ethikkommission gibt Antworten auf brisante Fragen

FLORIAN SCHOOP

Das Covid-Zertifikat für Geimpfte, Genesene oder Getestete soll das Ticket zurück zur Normalität sein. Geht es nach dem Bundesrat, können etwa Besucherinnen eines Klubs oder Ferienreisende am Flughafen ihr Handy zücken, eine entsprechende App öffnen und ein schwarzes Quadrat mit vielen kleinen Punkten dem Türsteher oder der Grenzkontrolle zum Scannen hinhalten. Mit einem Pieps wird wieder möglich, was wegen Corona so lange verwehrt blieb.

Doch die neue Freiheit bedeutet auch eine Einschränkung der Freiheit anderer. Menschen, die nicht bereit sind, sich impfen zu lassen – oder dies aus gesundheitlichen Gründen nicht können –, müssen sich für jeden Opernbesuch und jedes grössere Festival testen lassen. Sind also die neuen Freiheiten für Geimpfte, Genesene oder Getestete überhaupt zulässig? Oder droht die Zweiklassengesellschaft, weil das Covid-Zertifikat andere ausschliesst?

Der Bundesrat hat bereits vor einigen Wochen die Schweiz in drei Farben aufgeteilt: Grün, Orange und Rot. Grün bedeutet, hier hat das Covid-Zertifikat nichts verloren. Das gilt für Orte des täglichen Lebens, also für Läden oder den Arbeitsplatz. Im roten Bereich soll der Impfnachweis hingegen zwingend zum Einsatz kommen, beispielsweise bei internationalen Reisen oder bei Grossanlässen. Und mit Orange bezeichnet die Regierung Orte, die von vielen Menschen aufgesucht werden, aber nicht täglich. Das ist bei Bars und Restaurants der Fall, aber auch bei Veranstaltungen oder Sportvereinen.

Etwas differenzierter hat sich nun ein Gremium aus Ethikerinnen und Juristen dem Thema gewidmet. Im Auftrag der Zürcher Regierungsrätin Jacqueline Fehr (sp.) involvierten sie Vertreterinnen und Vertreter verschiedenster Branchen aus dem Kanton Zürich – unabhängig ob Rot, Grün oder Orange. Die Analyse zeigt: Viele stehen dem Covid-Zertifikat skeptisch gegenüber. Auch jene, die damit auf Schutzkonzepte verzichten könnten.

■ **Gastronomie:** Es klingt eigentlich vielversprechend. Nur noch geimpfte und genesene Gäste im Restaurant, dafür keine mühsamen Schutzmassnahmen mehr. Dennoch sind sich Gastrovertreter einig: Das Covid-Zertifikat ist nicht einsetzbar, nicht praktikabel, nicht kontrollierbar. In dieser Branche geht man davon aus, dass im Herbst 2021 ohnehin ein Grossteil der Bevölkerung geimpft sein werde. Die Einführung des Impfnachweises für eine so kurze Zeit sei darum nicht sinnvoll.



Im internationalen Reiseverkehr unumstritten: Das Covid-Zertifikat dürfte sich vor allem hier bewähren.

ALEXANDRA WEY / KEYSTONE

■ **Schulen:** Zugang zum Unterricht nur mit Impfnachweis? Nein, sagen die Vertreter der Schulbehörden. Das Recht, Bildung zu erhalten, dürfe nicht daran geknüpft werden. Schutzmassnahmen wie Abstandhalten oder Maskentragen seien verhältnismässiger. Dasselbe gelte für Instrumentalunterricht, Schullager oder freiwilligen Schulsport.

■ **Hochschulen:** Die Unis wollen keine Studierenden von Lehrveranstaltungen ausschliessen, auch wenn dies rechtlich grundsätzlich möglich wäre. Vielmehr strebt man ab Beginn des Herbstsemesters den Präsenzunterricht mit vollbesetzten Hörsälen an – nicht zuletzt aus Gründen der psychischen Gesundheit.

■ **Jugendarbeit:** Bei der offenen Jugendarbeit, bei Jugendverbänden oder beim Jugendsport stützt man sich lieber auf erprobte Schutzmassnahmen, als Einzelne auszuschliessen. Aber: Bei Lagern oder Angeboten, die nicht regelmässig durchgeführt würden (z. B. Konzerte), sei der Einsatz des Zertifikats denkbar.

■ **Gemeindeversammlungen:** Überall dort, wo es um die politische Willensbildung geht, wollen die Verantwortlichen das Gebot der Gleichbehandlung aufrechterhalten. Schon alleine aus Grün-

den der Stigmatisierung sei kaum vorstellbar, Ungeimpfte und Geimpfte bei Versammlungen in zwei separate Räume zu teilen.

■ **Justizvollzug:** In Gefängnissen hat die Frage, ob jemand geimpft ist oder nicht, bereits heute einen Einfluss. Dann nämlich, wenn Gefangene nach einem Hafturlaub in ihre Zelle zurückkehren. Die Quarantänepflicht für geimpfte Inhaftierte wurde teilweise aufgehoben. Das Besuchsrecht von Angehörigen will man aber nicht antasten. Hier soll das Zertifikat nicht zum Einsatz kommen.

■ **Religionsgemeinschaften:** Darf künftig nur noch eine Geimpfte zur Hochzeitsfeier in der Kirche, darf nur noch ein Genesener in die Moschee? Nein, finden die beteiligten Glaubensvertreter – und lehnen den Einsatz eines Impfnachweises grundsätzlich ab.

■ **Öffentlicher Verkehr:** Bei Bus, Bahn und Schiff bedeute der Ausschluss eine Stigmatisierung, sind sich die Verantwortlichen einig. Zudem sei eine umfassende Zertifikatskontrolle gar nicht umsetzbar.

■ **Sexarbeit:** Die Nutzung eines Impfnachweises ist für die Verantwortlichen

nur dann eine Option, wenn daraus auch ein erhöhter Schutz der Anbieterinnen resultiere. Ohnehin wünscht man sich für sie einen unbürokratischen Zugang zu einem Impfstoff, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, unabhängig ob krankenversichert oder nicht.

Anders sieht es bei Branchen aus, die das Covid-Zertifikat gemäss Bundesrat zwingend einsetzen müssen. Vertreterinnen und Vertreter von Grossveranstaltungen, Klubs oder des internationalen Reiseverkehrs äussern sich mehrheitlich positiv zum Thema Impfnachweis.

■ **Hotellerie und Tourismus:** In dieser Branche ist der Rückhalt sehr gross. Vom Zertifikat erhofft man sich wieder die lang ersehnte Normalität, ohne Einschränkungen, ohne Schutzkonzepte. Und vor allem wieder einen wirtschaftlich tragbaren Betrieb. Wichtig ist den Vertretern, dass die Lösung international abgestützt ist.

■ **Klubs und Diskotheken:** Lieber aufmachen und Zertifikate scannen als gar kein Betrieb, ist die Devise. Die Branchenvertreter schätzen, dass diese Praxis von der Mehrheit der Besuchenden akzeptiert würde. Auch wenn man aufgrund von Erhebungen davon ausgehen

müsse, dass bis zu 30 Prozent aller Partygänger abgeschreckt würden, sei ein einigermaßen wirtschaftlicher Betrieb möglich. Sollte aber der Einsatz des Zertifikats nur wenige Wochen umfassen, würde man auf den Einsatz womöglich verzichten.

■ **Grossveranstaltungen und Messen:** Hier klingt es ähnlich. Jeder Schritt zur kompletten Öffnung werde begrüsst. Ein zusätzlicher Vorteil des Zertifikats sei, dass es einen Betrieb ohne Kapazitätseinschränkungen erlaube.

■ **Kulturbetriebe:** Für diese Branche speziell ist, dass das Sicherheitsbedürfnis der Besuchenden in gewissen Bereichen aufgrund eines erhöhten Alters besonders ausgeprägt sei, sagen Branchenvertreter. Das bedeutet: In der Oper oder im Theater könne die Absicherung per Zertifikat Gesundheitsrisiken minimieren.

■ **Spitzensport:** Für Sportvereine ist der Einsatz des Impfnachweises aus doppelter Hinsicht bedeutsam. Einerseits könnten so wieder mehr Zuschauer in die Stadien. Dies bedeutet laut Branchenvertretern nicht nur mehr Einnahmen wegen verkaufter Tickets. Auch die Erträge von Sponsoren würden dadurch steigen.

■ **Langzeitpflege und Spitäler:** Für diese Gesundheitsbetriebe ist die Situation komplexer. Bei Menschen, die im Sterben lägen, liesse sich der Ausschluss von Besuchern nur unter sehr extremen Umständen rechtfertigen. Wenn allerdings die bestehenden Beschränkungen des Besuchsrechts mittels Zertifikat gelockert werden könnten, sprächen gute Gründe für dessen Einsatz.

Federführend bei dieser Analyse war Andrea Büchler. Für die Rechtsprofessorin und Präsidentin der Nationalen Ethikkommission im Bereich der Humanmedizin ist die wichtigste Erkenntnis: «Das Covid-Zertifikat ist weder schrecklich noch wunderbar.» Es brauche für jeden Bereich eine äusserst differenzierte Beurteilung. «Wenn Tests eine reelle Alternative zur Impfung darstellen, steht auch die Frage der Ausgrenzung weniger im Vordergrund.»

Heikler können das Vertrauensverhältnis und die soziale Interaktion zwischen Anbietern einer Dienstleistung und ihren Kunden sein. «Diese könnten Schaden nehmen – nämlich dann, wenn plötzlich Betriebe ihre Kundinnen kontrollieren müssen.» Deshalb sollten Betriebe laut Büchler zwar die Freiheit erhalten, das Zertifikat einzusetzen, wenn sie dies wünschen. «Sein Einsatz sollte aber nur mit grosser Zurückhaltung verordnet werden.» Und dies für eine möglichst kurze Phase.

Kesb hat mehr Massnahmen angeordnet

Die Stadtzürcher Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde spürt die Auswirkungen der Corona-Pandemie in ihren Fällen

ADI KÄLIN

Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde der Stadt Zürich hat am Dienstag zu einer Medienkonferenz geladen, um über die «Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie» auf ihre Arbeit zu orientieren. Die Kesb ordnet Massnahmen an, um Kinder und Erwachsene zu schützen, wenn sie oder ihre Familien dazu nicht mehr in der Lage sind. Man musste annehmen, dass die Arbeit der Kesb angesichts familiärer Spannungen während des Shutdowns und des Home-Office deutlich zunehmen werde.

Mehr Beistandschaften

Tatsächlich aber hat sich bei den Massnahmen bei Erwachsenen praktisch nichts geändert; nur die Zahl der neuen Anordnungen von Beistandschaften bei Kindern und Jugendlichen ist deutlich

angestiegen: 2019 gab es 382 neue Fälle, 2020 dann 460 (und gleichzeitig wurden 373 aufgehoben). Michael Allgäuer, der Präsident der Kesb, relativierte den Anstieg allerdings vor den Medien. Es gebe grosse Schwankungen über die Jahre, und man müsse den starken Anstieg der minderjährigen Wohnbevölkerung mitberücksichtigen (plus 12 Prozent zwischen 2016 und 2020). Das Fazit: Der Einfluss der Pandemie lässt sich nicht genau beziffern.

Spürbar ist er dennoch, wie Allgäuer und die II. Vizepräsidentin der Kesb, Suzanne Otz, mithilfe von (anonymisierten) Fallbeispielen darlegten: Beim einen Fall ging es um eine ältere Frau, die ihre Wohnung nicht mehr verliess und sich so gehenliess, dass sie schliesslich notfallmässig ins Spital gebracht werden musste. In einem zweiten Fall ging es um eine Jugendliche, die während des Shutdowns häufig auf der Strasse war, den Anschluss an Schule und die eigene

Familie nicht mehr schaffte und schliesslich in einer geschlossenen Einrichtung platziert werden musste.

Wenn der Zusammenhang zwischen Pandemie und psychischen oder sozialen Problemen nun aber so klar ist, warum steigt dann die Zahl der Fälle nicht viel deutlicher? Die Kesb sei eben nur die letzte Möglichkeit, wenn alle anderen Netze und Hilfsangebote versagten, sagte Allgäuer. Die Schulen, die schulpсихologischen Dienste, die Dargebotene Hand, die Kinder- und Jugendpsychiatrie hätten sehr viele Probleme abgefangen. Das breite Unterstützungs- und Betreuungsnetz ist laut Allgäuer auch der Grund dafür, dass die angeordneten Massnahmen der Kesb bei der langfristigen Betrachtung leicht sinken (die Bevölkerungsentwicklung ist auch hier mitberücksichtigt).

Konkrete Auswirkungen hatte die Pandemie auf die Arbeit der Behörde. 30 bis 50 Prozent der Mitarbeiterin-

nen und Mitarbeiter waren im Home-Office tätig, merkten aber rasch, wie kompliziert das in vielen Fällen war. Wenn etwa Anhörungen von Kindern in schwierigen Situationen oder von verwirrten Personen per Telefon erledigt werden mussten, seien die Gespräche häufig wenig aussagekräftig gewesen, wurde gesagt.

Gamen statt Homeschooling

Auch der Anspruch von Kindern auf angemessenen Kontakt mit beiden Elternteilen stiess Corona-bedingt auf Schwierigkeiten. Für die Kesb sei die Pandemie allerdings kein Grund gewesen, das Besuchsrecht grundsätzlich zu ändern, sagte Allgäuer. Vielfach aber hätten die von den Behörden erlassenen Beschränkungen den Eltern zusätzliche Argumente, vielfach auch Scheinargumente, bei Streitigkeiten ums Besuchsrecht verschafft.

Dazu wurde ein etwas kurioses Beispiel präsentiert: Ein Vater war überzeugt davon, dass regelmässiges Händewaschen in der Schule psychisch krank mache und dass der Kontakt mit geimpften Personen gefährlich sei. Er verweigerte deshalb den Kontakt des Kindes mit der Mutter und verlangte Homeschooling. Die Tochter erhielt zu Hause aber keinen Schulunterricht und war nur noch am Gamen. Daraufhin gab die Kesb die Tochter in die Obhut der Mutter.

Die Kesb Zürich ist eine von dreizehn solchen Behörden im Kanton. Administrativ ist sie dem Sozialdepartement zugeordnet, entscheidet inhaltlich aber unabhängig. Die Kesb Zürich beschäftigt 108 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In Zürich haben 2219 Kinder und Jugendliche eine sogenannte Beistandschaft, 47 befinden sich unter Vormundschaft. 4744 Erwachsene haben eine von vier unterschiedlichen Beistandschaften.